

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Mai 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungserläute usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 59.

Des Himmelfahrtstags wegen erscheint Nr. 60 erst am Dienstag, den 30. Mai.

Die Spartenkongresse.

Noch hatten die Delegierten der siebenten Generalversammlung das so überaus gastliche Hannover nicht sämtlich verlassen, als die Teilnehmer zu den nachfolgenden Spartenkongressen in fast gleicher Zahl angetreten kamen. Die Maschinenmeister, die Maschinensetzer sowie die Stereotypen- und Galvanoplastiker entsandten 122 Vertreter in die schöne Leinestadt, und wie schon die Generalversammlungsdelegierten, so wurden auch die Erwartungen der Spartenvertreter weit übertroffen.

Der Kommerz am 21. Mai litt zwar wie der große Empfangsabend acht Tage zuvor unter der Beschränkung der Räume, aber die der Begrüßung gewidmeten Stunden verliefen trotzdem nicht minder schön. Die Kollegialität und die Buchdruckerfertigkeit entfalteten sich wieder in der an Hannover so zu lobenden Weise.

Das abermals äußerst reichhaltige Programm sah wiederum die gesangsbefähigten wie die über Witz und Humor und Vortragstalent verfügenden Kollegen Hanovers eifrig tätig im Dienste der Sache. Es dürfte wohl in keiner zweiten Mitgliedschaft möglich sein, neben einem vorzüglichen, 120 Mann starken Männerchor noch ein bestes eingetragenes Soloquartett, ein humoristisches Quartett und zwei weitere Vertreter der heiteren Muse aus dem Kollegenkreise zu stellen. Hannover kann es, und seine gesangskundiger wie seine humorbegabten Mitglieder vermögen auch spielend die gewiß großen Strapazen einer solchen Woche zu überwinden. Kräftig und frisch klangen noch die Stimmen, und munter sprubelten Witz und Laune beim heiteren Vortrage. Dabei war das Programm nicht etwa eine Wiederholung des vom Begrüßungsabende der Delegierten Dargebotenen, sondern stellte neue Anforderungen an die Ausführenden. Den reichlichen Dank mußten sie mit diversen Zugaben quittieren. Herr Musikdirektor Jumeilman erteilte als Chordirigent wie als Komponist wieder verdiente Anerkennung.

Begrüßungsansprachen hielten die Kollegen Karl Rosenbruch als Gauvorsteher, Schmeiniß für den Lokalverein, Görner im Namen der drei Sparten, Schmidt für die Spartenvereine von Hannover sowie Massini. Ihre Ausführungen fanden gute Aufnahme und trugen viel zur Erhebung der an sich schon gehobenen Stimmung bei. Es war also nochmals ein schöner Abend.

Am Morgen des 22. Mai ging es dann an die Arbeit. Das Establisement „Parkhaus“ eignet sich so vorzüglich für Veranstaltungen dieser Art, daß die drei Spartenkongresse in hohen, luftigen Räumen zu gleicher Zeit tagen können.

Wir berichten im nachstehenden über die Beratungen vom 22. Mai, an denen auch mehrere Verbandsfunktionäre teilnahmen. Die Schlussverhandlungen von den Spartenkongressen können wir wegen Ausfalls einer Nummer erst am 30. Mai bringen.

III. deutscher Maschinenmeisterkongress.

Der Obmann der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands, Görner, eröffnete um 9 1/2 Uhr die Tagung mit kurzer Begrüßung der erschienenen Delegierten und Gäste. Es waren 45 Delegierte, vier Mitglieder der Zentralkommission, ferner der Vorsitzende des Verbandes Emil Böllin und Hoyer als Vorsitzender des Hauptvorstandes, für die Redaktion des „Korr.“ Schäffer, als Gäste die Gauvorsteher Massini (Berlin), Engelbrecht (Leipzig) und Rosenbruch (Hannover) sowie als Vertreter des Schweizerischen Maschinenmeisterverbandes J. Schumpf (Wein) anwesend.

Vor Eintritt in die Beratung der fünf Punkte umfassenden Tagesordnung richtete der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins Hannover, Schmidt, einige herzliche Begrüßungsworte an die Versammlung, hervorhebend, daß der diesmalige Kongress eigentlich ein Jubiläumskongress der deutschen Maschinenmeister genannt werden könnte, da in diesen Tagen gerade 25 Jahre verlossen sind, seit dem I. deutschen Maschinenmeisterkongresse, der im Jahre 1886 ebenfalls in Hannover abgehalten wurde. Leider seien über die damalige Tagung, ihren Verlauf und ihre Resultate ein Protokoll oder sonstige authentische Mitteilungen nicht mehr vorhanden. Inmehrin sei nach Ansicht des Redners die in diesem Vierteljahr-

hundert seit damals enthaltene Tätigkeit der Maschinenmeisterparte eine erfreuliche und auch erfolgreiche gewesen, so daß auch von dem jetzigen Kongresse mit Sicherheit zu erwarten sei, daß er einen weiteren Markstein in der Geschichte der deutschen Drucker darstellen werde. Diesen Ausführungen schließt sich der Vorsitzende des Gau Hannover, Rosenbruch, in herzlichen, vom Kongresse mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Begrüßungsworten an.

Hierauf wird in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung: „Bericht der Zentralkommission“, eingetreten. Görner verweist auf den im Jahresberichte des Verbandsvorstandes angehängten kurzen Bericht der Zentralkommission und gibt dazu noch einige Erläuterungen. Während der Zeit der Schaffung der Zentralkommission nur 43 Maschinenmeistervereine mit etwa 2000 Mitgliedern bestanden haben, waren im Jahre 1906 schon 80 Vereine mit 5600 Mitgliedern und heute sind 114 Vereine mit über 7400 Mitgliedern vorhanden. Es sind danach gegenwärtig etwa 60 Proz. der deutschen Maschinenmeister in Spezialvereinen organisiert. Die Entwicklung der Druckerparte sei demnach, alle Schwierigkeiten, die dabei in Betracht kommen, erwägend, eine erfreuliche und berechtigte für die Zukunft bei treuer Zusammenarbeit zu den schönsten Hoffnungen. Die Korrespondenz der Zentralkommission mit den angeschlossenen Vereinen war außerordentlich umfangreich und erforderte eine große Ausgabe für die Sache der Drucker seitens der nur nebenamtlich tätigen Kollegen in der Zentralkommission, hauptsächlich des Obmanns und des Kassierers. Die Verständigung und der schriftliche Meinungsaustausch zwischen den Vereinsvorständen und der Zentralkommission war bis auf wenige Ausnahmefälle sehr kollegiale. Besondere Befriedigung ergebe sich aus dem Verhältnis zu den Hilfsarbeitern, das sich seit dem letzten Kongresse, wo die Wogen in dieser Frage noch sehr hoch gingen, bedeutend verbessert habe. Zum Schluß gibt der Redner noch Aufschluß über die Beweggründe der Zentralkommission für die diesmalige Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Gauen mit dem Wunsche, daß die taktischen Maßnahmen der Zentralkommission in Zukunft nicht nur in prinzipiellen, wichtigen, sondern auch in untergeordneten Fragen ein etwas besseres Verständnis finden mögen.

Daran schließen sich einige Kommentierungen des Kassierers Strauch zu der im Rundschreiben Nr. 29 gegebenen Jahresabrechnung für 1910. Es kann festgestellt werden, daß die Kasseneberung eine gute ist und hauptsächlich die technischen Vorarbeiten der Zentralkommission trotz ihres niedrigen Preises der Kasse der Zentralkommission eine gute Stütze sind.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht ist eine sehr umfangreiche. Es beteiligen sich daran Lehmann (Dresden), Wall (Berlin), Böll (Halle), Ludwig (Leipzig), Endert (Bremen), Schaaf (Leipzig), Hoyer (Berlin), Lober (Stuttgart), Gaab (Mainz), Keller (Mannheim), Rießer (Köln), Berg (Pilsenerberg), Corti (Hamburg) und Böllin. Im allgemeinen wird eine etwas umfangreichere Agitation und Pflege der Statistik durch die Zentralkommission gewünscht. Doch wird allseitig anerkannt, daß die Zentralkommission volles Vertrauen verdient und der Wert der Statistiken oft in keinem Verhältnis zu den dafür aufgewandten Kosten und der Arbeit stehe. Die Debatten ergeben sehr interessantes Material für die zukünftige Tätigkeit der Zentralkommission, das diese entsprechend zu verwerten verpflichtet. Darauf wird der Zentralkommission einstimmig Entlastung erteilt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Wirkungen der §§ 73–79 in der laufenden Tarifperiode, unsere Änderungsanträge und die Stellungnahme der Generalversammlung hierzu“, wird in geschlossener Sitzung verhandelt. Das grundlegende Referat erstattet Görner, der sich dieser Aufgabe in wohlwüchsigster Weise entledigt. Das Referat und die den ganzen Tag in Anspruch nehmende Debatte zeigt, daß die Drucker die heutige Situation sehr gut zu würdigen wissen und nur solche Forderungen zum Gegenstand ihrer Beratung wählen, die durch die technische Entwicklung bedingt und vollberechtigt sind.

In der Diskussion beteiligen sich Ludwig, Lober, Richter, Steinert, Böllin, Wachsmann, Roth, Vogel, Endert, Lehmann, Waier, Fesselbarth, Schaaf, Kreyßmar, Schumpf, Corti und Görner.

II. Maschinensetzerkongress Deutschlands.

Vormittags 9 Uhr wurde im oberen Saale des „Parkhaus“ der II. Maschinensetzerkongress Deutschlands durch den Vorsitzenden der Zentralkommission Kolletschke mit begrüßenden Worten eröffnet.

Die vorgelegte Geschäftsordnung findet Annahme. Anwesend sind außer den Mitgliedern der Zentralkommission Holz, Böllhoff, Schröder, Luid, Buhle und Fuchs 35 Delegierte; als Vertreter des Verbandsvorstandes ist Hauptkassierer Eisler, als Vertreter des Gauvorstandes Gaukassierer Ehrhardt erschienen, für die „Korr.“-Redaktion Helmholz.

In seinem Geschäftsberichte weist der Vorsitzende Kolletschke auf die Vorommnisse hin, die nach der letzten Tarifrevision die Gemüter der Maschinensetzer heftig bewegten. Infolge der Berufung des Führers der damaligen Opposition unter den Maschinensetzern in die Zentralkommission sei ein unliebiges Verhältnis zwischen Verbandsvorstand und Zentralkommission eingetreten, das schließlich zum Bruche geführt habe. Redner rekapituliert kurz die Vorgänge auf der Kölner Generalversammlung und die sich daran knüpfenden Veränderungen in der Zusammenfassung der Zentralkommission. Mit Befriedigung könne indes auf das heute bestehende gute Verhältnis zwischen Verbandsvorstand und Zentralkommission hingewiesen werden. Schließlich kommt Redner noch auf die unverhältnismäßig große Zahl von Kontraktbrüchen bei den Maschinensetzern zu sprechen, diese entscheidend verurteilend.

Der Tätigkeit der Zentralkommission wird allgemeine Anerkennung gezollt, namentlich der fleißigen Arbeit, die sich im Geschäftsberichte verkörpert. Einige Redner hätten ein etwas früheres Erscheinen des Berichts gewünscht.

Der Vertreter des Verbandsvorstandes konstatiert mit Freude, daß das gegenwärtige Einvernehmen jetzt das denkbar beste sei. Im Interesse der Sparte sowohl wie der Gesamtorganisation liege es durchaus, daß das gemeinsame erprießliche Wirken auch für die Zukunft bestehen bleibe. Auf die Beseitigung der Kontraktbrüche müsse unentwegt hingearbeitet werden.

Hilipp (Mannheim) glaubt, die beklagte Fluktuation unter den Maschinensetzern zum Teil auf die mangelhafte Auskunfterteilung der Gauvorsteher zurückführen zu müssen. Meist trügen in diesem die anfragenden Kollegen selbst die Schuld daran, indem sie in ihren Anfragen über das, was sie zu erfahren wünschten, die nötige Klarheit vermissen ließen. Die Kontraktbrüche verurteile auch er, obwohl man den betreffenden Kollegen nicht immer die ausschließliche Schuld zuweisen könne.

Müller (Bremen) beklagt das Überhandnehmen der sogenannten Verwöhnmaschinensetzer, die häufig nicht instande seien, typographisch korrekten Maschinensatz zu liefern und den tüchtigsten Maschinensetzern nur Ungelegenheiten im Arbeitsverhältnisse bereiteten.

Lechschmidt (Leipzig) hält die Kontraktbrüche für die schwerste Schädigung der Interessen der Maschinensetzer und des Ansehens der Gesamtorganisation. Außerdem liefere man den Scharfmachern nur Wasser auf die Mühlen.

Wilhelm (Eisenach) ist der Meinung, daß die Auskunfterteilung hätte den Sparten nicht entzogen werden dürfen. Wenn sie von diesen sachlich gelebt würde, trüge das auch zur Einschränkung der Kontraktbrüche bei. Luid (Berlin) weist darauf hin, daß der tariftreue Gehilfe, der sich bedrückt fühle, die Instanzen anzurufen habe, um zu seinem Rechte zu gelangen.

Gäfer (Berlin) kommt auf die Entwicklung der Auskunfterteilung zu sprechen. Das Schwergewicht für die Beseitigung beklagter Mißstände liege bei den Kollegen selbst. Steinmann (Frankfurt a. M.) bringt das Verhalten einiger Maschinensetzer in einer Frankfurter Druckerei zur Sprache, die ein unkollegiales Verhalten bei Aufnahme von Statistiken u. dgl. an den Tag legen. Aufschärfte müsse derartiges verurteilt werden, und er bitte die Vertreter des Verbandsvorstandes um Abhilfe.

Braun (Berlin) weist auf die Notwendigkeit hin, daß die Kollegen anfragen, ehe sie sich fest binden. Das werde leider nicht immer beachtet. Unbedingt müsse die Kündigungszeit eingehalten werden, selbst dann, wenn die sanitären Verhältnisse schlecht sind.

In der Debatte, die sich im wesentlichen mit der Auskunfterteilung und Kontraktbrüche beschäftigt, beteiligen sich Gillet (Straßburg), Steinmann (Frankfurt a. M.), Pieczyk (Hamburg), Biehweger (Hanno-

ner), Mejerer (Stuttgart), Stenzel (Wreslau), Kliffner (Münster), Ring (Karlsruhe). Nach einem Resümee Dicks wird der Geschäftsbericht der Zentralkommission einstimmig genehmigt.

Annahme findet ein Antrag Pieczyl, der Erhebungen über die Ursachen erfolgter Linszüge von Maschinenführern vorgenommen wissen will.

In den Bericht der Mandatsprüfungskommission schließt sich eine kurze Auseinandersetzung. Sämtliche Mandate werden als gültig anerkannt.

Der Vorschlag der Diätenkommission auf 12 Mk. pro Tag findet Annahme.

Zum Punkte „Tarifliches“, der in geschlossener Sitzung erledigt wird, erhält Dicks das Wort zu seinem einleitenden Referate, dem er die Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes in der Tariffrage zugrunde legt. Im Anschluß daran geht der Referent die vorliegenden Änderungsanträge der Maschinenführer durch. An die einzelnen Paragraphen knüpft sich eine Debatte, an der sich nahezu sämtliche Delegierte beteiligen.

Der erste Tag schließt ab mit der Wahl einer Kommission zur Beratung der Anträge materieller Natur.

IV. Delegiertentag der Stereotypen- und Galvanoplastiker.

Die Zentralkommission ist vertreten durch Teeg, Dill, Siebler, Reichmann und Zingler.

Die 25 Delegierten sind sämtlich erschienen. Vom Verbandsvorstand ist Grafmann, von der Redaktion Krahl anwesend. Als Gäste nehmen teil Kollege Fröschl aus Wien sowie Albrecht (Berlin).

Reichmann bewillkommt namens der Zentralkommission die Erschienenen, hoffend, daß, wie auch die Meinungen auseinandergehen könnten, die einigenden Momente doch alle wieder zusammenführen würden. Der Ausgang der Generalversammlung müsse den Ton für den Kongreß angeben.

Zu den Punkten 1 und 2: „Bericht der Zentralkommission“ und „Kassenbericht“, machen Teeg und Zingler nur ganz kurze Bemerkungen, da die Berichte gedruckt vorliegen. Die präti herausgabe wird mit der späten Einbindung der Jahresberichte einzelner Vereinigungen motiviert. Bei der Gelegenheit wird der Wunsch geäußert, die Einzelereine anzurufen, daß sie ihre Jahresberichte bis Ende Januar erstatten, damit im März die Herausgabe zu ermöglichen ist. Die Zentralkommission soll auch des öfteren den „Korr.“ zu aufklärenden Artikeln benutzen. Der Zentralkommission wird alsdann einstimmig Decharge für den Geschäfts- und Kassenbericht erteilt.

Der dritte Punkt: „Situationsberichte“, fördert eine große Anzahl von Ergänzungen zu den Ausführungen im gedruckten Geschäftsberichte zutage. Stenzel bespricht Verhältnisse. Die Unzufriedenheit sei in den letzten zwei Jahren so groß gewesen wie noch nie. Es habe Wochen mit mehr als 30 Arbeitslosen gegeben. Die Verbringenskata merde zu stark ausgenutzt. Redner ist an einigen Entscheidungen der Tarinstanzen Kritik und begehrt das Verhältnis zum Verbandsvorstand, zum Berliner Gewerkschaftsverband wie zur „Korr.“-Redaktion als gut. Schliebs beklagt sich, daß in Wreslau und Schlesien überhaupt noch vielfach Schweißarbeit von Hilfsarbeitern verrichtet werde. Auch der Zuwachs an Seherstereotypen gebe zu ersten Bedenken Anlaß.

Reichmann betont demgegenüber, daß die Seherstereotypen für kleinere Druckereien nicht zu entschweren seien, in der Hilfsarbeiterfrage liege die Schwierigkeit. Jahr (Wreslau) moniert eine schättsöse Arbeitsordnung. Er bedauert, daß den Spartenvorständen die Auskunftsverteilung genommen und den Gewerkschaften übertragen ist. Grafmann schildert den früheren unhaltbaren Zustand in dieser Angelegenheit. Eine Änderung müßte in dieser Weise eintreten. Die Spartenvorstände könnten aber die Gewerkschaften besser über die Verhältnisse in ihren Spezialberufen informieren. Wenzel (Mitglied des Verbandsvorstandes) ergänzt noch diese Darlegungen. Kinkel bringt zur Sprache, daß in Frankfurt a. M. und Offenbach bei großen Firmen noch Hilfsarbeiter angelernt werden. Mohr (Hamburg) macht hierauf Mitteilung über die Beschäftigung von Seherstereotypen auch in großen Betrieben. Bunderum (Rönigsberg) spricht sein Bedauern aus, daß im Gau Westpreußen die Sparte noch nicht Fuß fassen konnte. Köhler (Leipzig) erwähnt, daß eine dortige große Zeitung wegen der Hilfsarbeiter fortgesetzt die Tarinstanzen beschäftige. Die Spezialfirmen (reine Stereotypen resp. galvanoplastische Anstalten) überhreiten die Beschränkungs-kata, weil angeblich keine Geßlisen vorhanden wären. Knoop (Münster) schildert einen drastischen Fall, wie selbst die eignen Kollegen in der Hilfsarbeiterfrage sich an den Geßliseninteressen verdingen. Worchert (Stettin) bezeichnet die dortigen Verhältnisse als schlecht. Es habe sich aber jetzt ein Verein gebildet. Clasen (Weinland-Westfalen) bringt Beschwerden in größerer Zahl vor. Die Hilfsarbeiter dürften keine Bezeit haben, das sei falsch. Die „Technischen Mitteilungen“ haben gute Aufnahme gefunden. Er wünscht einen Briefkasten in fachtechnischen Angelegenheiten und Berichte über rein technische Fragen in den „Mitteilungen“. Rose (Magdeburg) kennzeichnet die Verhältnisse in der Hilfsarbeiterfrage in dieser Stadt als ganz unglücklich. Zwei größere Zeitungen lassen sehr zu wünschen übrig. Fischer (Stuttgart) ist mit dem jetzigen Zustande der Auskunftsverteilung zufrieden. Es sei auf's Schärfste zu verurteilen, wenn Kollegen die erhaltene Auskunft den Prinzipalen vorzeigen. Schulz (Karlsruhe) berichtet zunächst von guten Agitationserfolgen im Gau Mittelrhein. In Karlsruhe

selbst sei eine gewisse Tarimäßigkeit eingetreten. Der lange Instanzenweg verleihe die Lust, die Entscheide der Tarinstanzen und das Verhalten des Tarifamts nicht minder. Die Seherstereotypen seien immer noch besser als die Maschinenmeisterstereotypen. Die Kongresse müßten vor den Generalversammlungen des Verbandes stattfinden und nicht nachher. Auch sollte lieber ein höherer Beitrag erhoben werden, um sich vom Verbands nicht so abhängig zu machen. Reichmann widerspricht entschieden diesem Vorschlage. Krahl tritt bestimmt den Angriffen auf das Tarifamt entgegen; in Karlsruhe habe man immer eine besondere Auffassung der Dinge. Pfingsten (Hanau) pflichtet Krahl bei. Der Fall verhalte sich in der Tat anders. Grafmann will die Angaben von Schulz auf ihre Richtigkeit nachprüfen lassen. Rose, Jahr und Braun (Berlin) wenden sich ebenfalls gegen Schulz.

Hierauf werden fünf Begrüßungstelegramme verlesen. In der Nachmittagsitzung hält zunächst Reichmann zu Punkt 4: „Beratung der zur Tarifrevision gestellten Anträge“, ein Referat. Kurz und treffend berührt er die dabei ins Gewicht fallenden Hauptmomente und ersucht, sich von allem Kleinem fern zu halten. Auch der Stereotypkongreß müsse zu einer einmütigen Stellungnahme wie die Generalversammlung kommen.

In der anschließenden Generaldiskussion erfolgen 32 Wortmeldungen.

Sechste (ordentliche) Generalversammlung der Zentral-Invalidentkassen i. L.

Hannover, den 20. Mai 1911.

Im Anschluß an die Generalversammlung des Verbandes traten die gewählten Vertreter zur Generalversammlung der Zentral-Invalidentkassen i. L. zusammen.

Vorsitzender Döblin eröffnet die Versammlung und konstatiert die Anwesenheit sämtlicher 22 Vertreter.

Die Liquidationskommission besteht aus dem Vorsitzenden Döblin und dem Kassierer Eißler. Der bisherige Beisitzer Beyer ist durch Tod abgegangen.

Die Gültigkeit sämtlicher Mandate wird anerkannt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Verlesung bzw. Genehmigung der Rechenschaftsberichte von 1908, 1909 und 1910 nimmt der Kassierer das Wort. Der Vermögensbestand der Kasse betrug am 31. März 1911 381.840,56 Mk. Aus den Erläuterungen sei hervorgehoben, daß nach einer Aufstellung über die jetzigen Invalidenten das Minimum der Bezüge 6500 Mk. und das Maximum 10.220 Mk. betragt.

Der Bericht der Liquidationskommission wird einstimmig genehmigt.

Bei der Neuwahl der Liquidationskommission werden die bisherigen Mitglieder Döblin und Eißler wiedergewählt. Als Beisitzer werden vorgeschlagen Düjün und Olfner. Die letzteren werden von den Mitgliedern der Verwaltungsstelle Berlin gewählt.

Die Remuneration für die Verwaltung der Kasse wird in bisheriger Höhe (1000 Mk.) belassen.

Da Anträge und Beschwerden nicht vorliegen, schließt der Vorsitzende die Generalversammlung mit Worten des Dankes an die Vertreter der einzelnen Verwaltungsstellen.

Arbeiterhygiene.

Wohl alle unsere gewerkschaftlichen Fachorgane haben, so unterschiedlich auch sonst ihr Bestreben gestaltet sein mag, eine Kundr gemeinam, die sich in der Regel am Schluß des redaktionellen Teils vorfindet: die sogenannte Totenliste. Je nach dem Umfange des betreffenden Verbandes ist sie größer oder kleiner. Was uns besonders daran interessiert, sind die Angaben über das Alter der aus dem Leben geschiedenen Fachgenossen. Meist liegen die Altersklassen der Verstorbenen zwischen 20 und 40 Jahren. Verfolgen wir die Todesursachen, so tritt uns vielfach die Lungenschwindsucht unter der Bezeichnung Berufs- oder Proletarierkrankheit entgegen.

Nach den amtlichen Statistiken der Lungenschwindsucht ist die Gefahr, von der Lungenschwindsucht ergriffen zu werden, besonders groß in dem Lebensalter zwischen 20 und 40 Jahren. Während die Krankheit vor dem 20. Lebensjahr um wenig zu- und nach dem 40. rapid abnimmt, weist sie zwischen 20 und 40 Jahren die Höchstziffern auf.

Wenn die Forderung auf Arbeitszeitverkürzung von den Gewerkschaften u. a. mit dem Hinweis auf die hohen Sterblichkeitsziffern der Arbeiter infolge der Schwindsucht begründet wird, so hat das gewiß seine volle Berechtigung. Trotzdem aber wird selbst durch die Erreichung des Höchstalters dieser Krankheit so lange nicht Einhalt geboten werden können, als sich der einzelne Arbeiter nicht entschließt, der Erhaltung seiner Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Forderung an die Arbeiter selbst ist bisher zu bewerten als diejenige an Unternehmer und Staat.

Wenn wir uns beispielsweise dem Abschnitt der Erholung zuwenden, so müssen wir uns die Frage vorlegen: Benutzt der Arbeiter im allgemeinen seine freie Zeit dazu, um sich zu erholen, daß er seinen Wert als Arbeitskraft und als Mensch erhält, um sich seiner Familie als Vorgesetzter, den schaffenden und wertenen Kräften der Volkswirtschaft seines Landes als leistungsfähiger Arbeiter,

der Kultur der Gegenwart und Zukunft als ihr Träger und Pionier zu erhalten? Der Arbeiter müßte vor allem Körperpflege treiben, denn eine Unsumme beruflicher Schädigungen können durch entsprechende Körperpflege wieder ausgeglichen werden. Je zweckentsprechender die Körperpflege, desto erfolgreicher und erspriehlicher die Kultur auf Geist und Körper selbst.

Wenn wir in unserer heutigen Gesellschaftsordnung Recht und Schutz für den Arbeiter fordern, so dürfen wir nicht zuletzt das Verständnis für Selbsthilfe durch naturgemäße Lebensführung der Arbeiter unerwähnt lassen, die doch auch als eine Arbeiterfrage erscheint. Die Schuld tragen allerdings nicht wir, sondern unser Vater Staat, der von seiner Schule verlangt, daß der Jugend des Volks viele überflüssige Dinge eingebracht werden, während man andererseits vergißt, sie mit einer Handvoll einfacher Lebens- und Gesundheitsregeln auszustatten.

Aus unserer Jugend sind Frauen und Männer, Väter und Mütter geworden, die aber vom Leben, seinen besonderen Härten und Vorgängen traurig wenig wissen. Wir wissen als Arbeiter zwar, daß es Wirtschaftsordnungen und -gesetze gibt, verstehen das Notwendige von den Staatsgesetzen. Das alles hat uns aber erst die Schule des Lebens und nicht die Schule des Staats beigebracht. Unter uns Arbeitern befinden sich oft sehr tüchtige Kräfte, Mineralien- und Pflanzenerfinder, und solche, die die Behandlung der verschiedensten Tiergattungen vortrefflich kennen: Nur die Gesetze, zu denen ihr eigener Körper in Beziehungen steht, kennen sie nicht. Von gesunder und einfacher Ernährung, Kleidung, Gesundheitspflege haben sie wenig Ahnung, die Lebensführung richten sie nach den Überlieferungen alter Väter und Vägen ein und tappen die große von Krankheit verheute Herfstraße menschlicher und kranker Herdentiere ab und belasten auf das äußerste unsere Krankenkassen. Wer in den letzten Jahren die Ärztekreise gegen die Krankenkassen in den verschiedensten Städten Deutschlands verfolgt hat, wird wissen, daß die Krankenkassen unterlagen, weil eben die Mitglieder der letzteren sich nicht die Widerstandsfähigkeit verschaffen, die sie haben könnten, wenn sie naturgemäßer leben würden. Wer die Bierboylotte verfolgt, wird wissen, daß auch hier die Konsumenten jämmerlich unterlagen, weil viele glaubten, täglich „etliche Maßlein“ hinter die Binde gießen zu müssen, um sich die nötige Kraft zu erhalten. Diese Faktoren sprechen deutlich dafür, daß die Aufklärung in manchen Dingen noch sehr im argen liegt.

Zur Bekämpfung der Proletarier- und Berufskrankheit ist Luft, Licht und nicht zuletzt Mäßigkeit und Enthaltensamkeit Bedingung. Es liegt in der Macht des Menschens selbst, dem Labunleben der Lebensfreudigkeit und dadurch Entstehen organischer Krankheiten zu trohen. Es ist kein eisernes Mub, daß so viele der besten und tüchtigsten Arbeiter so früh ins Grab sinken müssen. Wir dürfen unsere Lebensführung nur den Berufsverhältnissen anpassen und nicht denken: „Mit das Schicksal, gekommen, wird es hingenommen.“ Man muß seiner Gesundheit den nötigen Selbstschutz zuteil werden lassen.

Nicht an der Forderung nach sanitären Betriebsrichtungen und kürzerer Arbeitszeit liegt es allein, Krankheiten vorzubeugen, sondern in der persönlichen Gesundheitspflege selbst. Wir brauchen nicht zu warten, bis der Staat die Kinder seines Volks in der Gesundheitslehre unterrichtet läßt, sondern die sehr gekünte Selbsthilfe schafft auch auf diesem Gebiete geradezu Wunder.

Die Gewerkschaften sind die besten Faktoren, hier voranzugehen. Sie können ihre Mitglieder auch in dieser Beziehung aufklären und diese neben dem sozialen Wissen auch in der Lebensführung erziehen. Dann erst wird das Heer der Krankheiten bei den arbeitenden Massen bald eingeschränkt sein und so manche Krankenkasse von Ärztekreisen verspart und in einem glücklicheren Stande bleiben.

Die Gewerkschaftsbibliotheken weisen sehr gute und nützliche Bücher auf, aber der arme, durch verkehrte Lebensführung geschwächte Körper vieler Arbeiter verträgt keine geistige Nahrung, sondern schleppt sich von der Arbeitsstätte nach dumpfigen, rauchigen Wirtschaften und verflümmet im Laufe der Zeit in körperlicher und seelischer Beziehung. Jeder Weg ist ihm zu weit und deshalb krank schon Körper und Geist. Gerade in kleinen Ortsversammlungen sollte in dieser Beziehung aufklärend gewirkt werden, anstatt wegen geringfügigkeiten sich gegenseitig herzumalgen.

Wenn die Gewerkschaften eine hohe Sterblichkeitsziffer ihrer Mitglieder feststellen, so ist das ihre Pflicht; aber andernteils gehören in die Gewerkschaftsblätter von Zeit zu Zeit gesundheitslich aufklärende Artikel, denn es ist direkt beschämend, wenn die Arbeiterkraft in großen Betrieben erst durch Fabrikanschlag zum Reingieren der Hände vor den Maßkeiten angehalten werden muß.

Wenn die Gewerkschaften mit ihrem Einfluß auf die Arbeitermissionen einige Jahre die Förderung der Volkserziehung in gesundheitslicher Beziehung als Neben Aufgabe betrieben haben, dann ist die Sache für die Arbeiterklasse um ein großes Stück vorwärts gebracht.

Münsterberg.

Georg Enßer.

Volkswirtschaftliches.

Drei Jahrzehnte deutscher Bücherausfuhr.*

II.

Die Bücherausfuhr von März 1906 bis Ende 1910.

Im ersten Artikel (Nr. 29) war die deutsche Bücherausfuhr der Jahre 1883 bis Februar 1906 besprochen worden. Mit dem 1. März des Jahres 1906 trat der

* Nachdruck nur mit Erlaubnis gestattet.

neue Zolltarif in Kraft, er brachte von Grund aus neue Verhältnisse in die amtliche Ausfuhrstatistik. Direkte Vergleiche zwischen den beiden Perioden sind deshalb nur in beschränkter Maße möglich. Im besonderen muß beachtet werden, daß die untenstehenden Exportziffern sich auf die reine Bücherausfuhr beziehen, wie schon früher bemerkt, erscheint sie in der alten Reichsstatistik stets mit der Kartenn-, Zeitchriften- und Musikalienausfuhr verbunden. Für die Grundlagen der Statistik wurde schon im ersten Artikel alles Nötige gesagt, sie sind hier dieselben wie dort. Von schematischen Vergleichen mußte bei den Ziffern von 1906 bis 1910 abgesehen werden. Die Zeitspanne ist zu kurz, als daß sich aus ihr Durchschnittsergebnisse herauslesen ließen.

Die Bücherausfuhr aus dem jetzigen Zollgebiete des Deutschen Reichs betrug im Spezialhandel

	in Millionen Tonnen Mark	
1906 (März bis Dezember)	10392	39,45
1907	12731	48,67
1908	13583	50,72
1909	13274	51,17
1910	13359	51,01

Wird diese Zifferreihe im ganzen betrachtet, so ergibt sich ein scheinbarer Widerspruch mit der Entwicklung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Das Jahr 1906 muß natürlich, da seine Zahl nur unvollständig ist, dabei außer acht gelassen werden. Das Jahr der deutschen Hochkonjunktur, die überdies auf den ganzen Welt ihr einheitliches Ebenbild fand, hat zwischen 1907 und 1910 die geringste Ausfuhr gehabt, während gerade die Zeit des schärfsten Rückgangs der Produktionskurve, 1908 und dann auch noch 1909, höhere Exportsummen aufweist. Zur Erklärung dieses nur scheinbar eigentümlichen Verhaltens des Auslandsmarkts muß beachtet werden, daß gerade die Hochkonjunktur sich in Warenknappheit ausdrückt. Wenn der Inlandsmarkt nur mit Mülde und zu lohnenden Preisen besiedigt werden kann, kommt der Absatz nach dem Ausland erst in zweiter Linie. Somit aber in der heimischen Produktion nicht abstoßbare Überschüsse an fertiggestellten Waren bemerkbar waren, wird es mehr und mehr auf dem Auslandsmarkt in Angeboten lebendig. Vorerst erfolgt dies bei jedem Konjunkturrückgang unter dem Gesichtspunkte, den heimischen Konsum nicht durch übermäßiges Angebot zu einem Drücken der Preise kommen zu lassen. Die großen Verbände und Syndikate, z. B. der deutsche Stahlwerksverband und das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat, haben dies Verfahren außerordentlich weit ausgebildet. Sie verkaufen fast zu jeder Zeit im Ausland ihre Ware bedeutend billiger als im lieben deutschen Vaterland, um hier die Preise recht hoch halten zu können. Die Verbandsausfälle werden von den einzelnen Syndikatsmitgliedern durch Umlagerungen erhoben. Die Umlagerungen müssen natürlich im heimischen Kohlen- und Eisenmarkt mit bezahlt werden. Das Kohlenyndikat erhebt alljährlich von seinen Mitgliedern Millionen von Mark, die allein dem üblichen Zwecke dienen, das Ausland mit billigen Brennmaterialien zu versorgen und im Inlande hohe Preise zu erzwingen. Die Ausfuhr der Inlandsüberschüsse, um Preisentfaltungen zu verhindern, hat seine natürliche Grenze in der Aufnahmefähigkeit und -müdigkeit der Exportgebiete. Bei Konkurrenzindustrien passiert es mitunter, daß die fremden Waren dann höher wie drüben billiger sind als die einheimischen. So ist zurzeit die englische und schottische Kohle in Rheinlands-Westfalen billiger als die dort am Plage geschürften deutschen Brennstoffe.

In dem Moment, wo auch der Auslandsmarkt nicht mehr aufnahmefähig ist — dies ist besonders dann der Fall, wenn der industrielle Rückgang, wie zumeist, sich auf internationale Wirtschaftgebiete ausdehnt —, nützt keine Ausfuhrpolitik mehr, dann müssen die Preise weichen. Das Jahr 1909 kann deswegen mit seiner etwas verminderten Ausfuhr gegenüber dem vorhergegangenen Jahre mit als die Konstatierung der wieder aufwärts schreitenden Konjunkturkurve angesehen werden. Das jüngst abgeschlossene Jahr zeigt eine etwas gestiegene Ausfuhr bei gesunkenen Preisen. Wenn die Beträge auch nicht allzu erheblich sind, so zeigen sie doch immer noch, daß die deutsche Bücherausfuhr — wohlgerneht nicht der deutsche Ausfuhrbuchhandel, der größer ist — 1910 noch mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Über die Lage des Auslandsmarkts geben diese Ziffern natürlich keine Auskunft.

In einem dritten Artikel werden wir noch die deutsche Bücherausfuhr von 1883 bis 1910, wie sie sich nach den verschiedenen Ländern entwickelt hat, behandeln.

Korrespondenzen.

f-n. Bochum. Die am 14. Mai abgehaltene gutbesuchte Monatsversammlung erledigte zunächst drei Aufnahmegerichte in zukünftigen Sinne. Das diesjährige Johannistfest soll durch einen Ausflug nach dem idyllisch gelegenen „Hohenstein“ bei Witten in Gemeinschaft mit den Wittener Kollegen begangen werden, zu welchem sämtliche Ortsvereine des Bezirks freundlichst eingeladen sind. Kollege Müller gab einen interessanten Bericht über den Delegiertentag der Typographischen Gesellschaften in Kassel. Eine Ausführungsangelegenheit, die weitestgehende Interesse erregen dürfte, sei hier kurz mitgeteilt. Der Drucker Stephan Wehle aus Warburg, ausgelehrt in Wisa i. P., kurze Zeit in Zell in Oberfranken und in Gemeine in Westfalen, in Kondition gewesen, mußte wegen Konditionsannahme in einer hiesigen nichttarifrueen

Druckerei und wegen seiner hervorragenden Betätigung als Polizeispigel, ausgeschlossen werden. Seine Haupttätigkeit bestand darin, die hiesigen und auswärtigen politischen Vereine, ihre Versammlungen und führenden Personen auszukundschaften und seine Wahnehmungen bis ins kleinste Detail brieflich der hiesigen Polizei zu berichten. Wiehle wurde Mitglied zahlreicher politischer Vereine und besuchte regelmäßig ihre Versammlungen. Durch Teilnahme an den Diskussionen wußte er diese stets ins politische Fahrwasser zu lenken, was für ihn dann ein „besonders wichtiger Fall“ war, den er so schnell wie möglich seiner Auftraggeberin übermittelte. Obwohl Wiehle die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht, hat er sich doch, um nur Vertrauen zu gewinnen, durch einen Polen polnischen Sprachunterricht erteilen lassen. In einem Vereine bestand für Wiehle die Aussicht, Vorstandsmitglied zu werden, für diesen Fall eruchte er die Polizei um Abgabe, worüber er die Vereinsakten besonders studieren und eventuell kopieren sollte. Er versprach in einem Bericht an die Polizei dafür zu sorgen, recht viel Vertrauen in den einzelnen Vereinen zu gewinnen, um so dem Staate recht viel Dienste zu erweisen und eventuell Ausmüdigkeit des polnischen Übermutts rechtzeitig zu verhindern. Wiehle war, wie wir aus Wisa erfahren, zuerst auf der dortigen Polizei Schreibgehilfe, wurde aber wegen Unfähigkeit bald entlassen, und er wandte sich nunmehr unserm Berufe zu, den er in einer neugegründeten Druckerei erlernen wollte. Da diese Druckerei aber nach kaum zweijährigem Bestehen einging, scheint Wiehle seine Lehrtätigkeit ordnungsmäßig gar nicht absolviert zu haben, was ja auch seine nur allzu kurzen Gastspiele in den verschiedensten Druckereien zur Genüge beweisen. Wiehle soll sogar schon mehrere Jahre die Münchskutte getragen haben. Durch die Veröffentlichung seiner Schreibern in den verschiedensten Zeitungen hat Wiehles hiesige Tätigkeit ein plötzliches Ende gefunden, er sieht sich jetzt nach einem andern Wirkungsfeld um. Inse Kollegen seien hiermit vor ihm einbringlich gewarnt.

Jericho. In der am 13. Mai stattgehabten Monatsversammlung gedachte der Vorsitzende des Kollegen Adolf Richter, der an diesem Tag auf eine vierzigjährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken konnte. Bei der eigentlichen Feier, die am Abend vor der am 11. Juni in Jericho stattfindenden Bezirksversammlung in Verbindung mit dem Johannistfest durch einen Kommerzienrat abgehalten werden soll, wird die gebührende Ehrung unrespektlos erfolgen. Die übrigen Punkte der gut besuchten Versammlung waren lokaler Natur.

Dosenheim. (Wierteljahrsbericht.) Am 7. März fand eine Monatsversammlung statt, in der ein Neuausgewählter aufgenommen wurde. Eine Eingabe an den Stadtmagistrat seitens des Arbeitersekretariats, dahingehend, die Gemeinde in eine Ortsrentenliste umzuwandeln, wurde von den Stadtvätern abschlägig beschieden. Die Buchdrucker werden diesfalls mit einer Denkschrift an das Stadtrégime herantreten und die Umordnung zur Durchführung zu bringen suchen. Eine Einladung kündigte eine Bezirksversammlung am 19. März in Wülfdorf an. Kollege Seig (Wülfdorf) referierte dort über: „Der Verband, die Tarifrevision und die gegenwärtige Situation“. — Der 10. April vereinigte die Mitgliedschaft zur Quartalsversammlung. Nach Vortrag und Genehmigung des Kassensberichts wurde zu den Vorträgen zur Generalversammlung Stellung genommen. Für die künftigen Kollegen wurden 10 Mk. bewilligt. Das Verdienen an den von der Verbandskasse so verdienten Hauptverwalter Beyer ehrte man in der üblichen Weise. — Eine Monatsversammlung war für den 15. Mai angesetzt. Neben dem Geschäftlichen und Internen regte man das Treffen der Wasserburger Kollegen für den Himmelstagsfest an. Ein Johannistfest soll heuer unterbleiben. Am 17. Juni soll den Kollegen Gelegenheit gegeben werden, das Referat eines Delegierten über die Generalversammlung entgegenzunehmen. Der Besuch dieser drei Versammlungen war ein guter.

Rundschau.

Zur Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses. Für die einzelnen Tagesordnungspunkte des achten Gewerkschaftskongresses sind nunmehr die Referenten festgelegt. Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission wird der Vorsitzende Legien erstatten. Über das Koalitionsrecht in Deutschland und den Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch wird Rechtsanwalt Dr. Seinemann referieren, über Heimarbeiterschutz und Hausarbeiterschutz C. Reichmann (Vorsitzender des Zigarrenarbeiterverbandes), über Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung Robert Schmidt (Mitglied der Generalkommission), über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung Paul Umbreit (Redakteur des „Korrespondenzblatt“), über die Stellung der Privatangehörigen im Wirtschaftskreis B. Lange (Redakteur des „Handlungsgehilfen“) und über Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften Essendon (Mitglied der Generalkommission).

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe. Die Aufforderung des Generalrichters Dr. Boyesen an die streitenden Parteien, zu erklären, ob sie zu Verhandlungen bereit seien, hat nun die beiderseitigen Versammlungen beschäftigt. Wie schon mitgeteilt, hatte der Holzarbeiterverband Verhandlungen zugestimmt. Nun haben die Unternehmer ebenfalls beschlossen, das Angebot des Herrn Dr. Boyesen zu akzeptieren. Die Verhandlungen dürften

demzufolge in den nächsten Tagen beginnen. Die eifrige Tätigkeit, die die Unternehmer auch gegenwärtig noch entfalten, um Arbeitswillige in größerer Zahl nach Hamburg zu schleppen, läßt darauf schließen, daß sie mit der Fortdauer des Kampfes rechnen. Und die Holzarbeiter werden mit aller Entschiedenheit auf Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises sowohl wie des Vertragsmusters bestehen, davon werden sie sich auch nicht abbringen lassen durch die Maßnahmen, die die Polizei in der letzten Zeit getroffen hat. Ganze Straßen werden von Streikposten gesäubert und die Bahnhöfe und deren Umgebung dürfen von diesen nicht mehr betreten werden. Trotz aller Hilfe und Aufwendungen großer Geldmittel ist es den Unternehmern aber bisher nicht gelungen, eine größere Anzahl Streikbrecher heranzuziehen, und die sie haben — na, vor denen graut den Unternehmern mehr wie den Arbeitern. Trotzdem muß auf Fernhaltung des Zugangs weiter geachtet werden.

Keine Generalaussperrung in Dänemark. Durch eine zwischen Arbeitern und Unternehmern erzielte Einigung ist noch in letzter Stunde die große Aussperrung vermieden worden. Unter welchen Bedingungen diese Einigung zustande kam, war noch nicht in Erfahrung zu bringen; in den nächsten Tagen werden wir darüber berichten können.

Die Bestrafung von Streikvergehen richtet sich je nach dem Empfinden des Richters und der Schöffen, wodurch im Laufe der Jahre die größten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zustande kamen. Das ein Gericht verhängt für ein Streikvergehen eine Woche, ein andres Gericht für ein gleiches Vergehen vier Wochen Gefängnis. Besonders trug letzten zwei Urteile des Leipziger Schöffengerichts in letzter Zeit dar, wie verschieden die Auffassungen über gleiche Vergehen sein können. Zwei Streikposten, die Arbeitswillige mit den Worten: Streikbrecher, Lumpen, Vagabunden usw. beleidigt hatten, wurden vor Gericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, während tags darauf ein Streikposten, der sich denselben Vergehens schuldig gemacht hatte, mit 20 Mk. Geldstrafe davonkam. In Leipzig haben sich die Verurteilungen auf Grund des § 153 der O. D. in geradezu unheimlicher Weise gehäuft. Es wird nach § 153 fest drauflos verurteilt, ganz gleichgültig, ob die Streikbrecher Strafantrag wegen Beleidigung gestellt haben oder nicht. Es soll aber nach einer noch sehr wenig bekannten Entscheidung des Reichsgerichts vom 14. April 1910 § 153 der O. D. nur dann angewendet werden, wenn ein Strafantrag der Beleidigten nicht gestellt ist. Das Reichsgericht stellt sich hier auf den Boden des § 73 des Strafgesetzbuchs, der lautet: Wenn ein und dieselbe Handlung mehrere Strafgeseze verletzt, so kommt nur dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafe, und bei ungleichen Straftaten dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafe androht zur Anwendung. Da das Strafgesetzbuch in das Deutsche Reich auf Beleidigung außer Geldstrafen Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren, der § 153 der O. D. aber nur Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten zuläßt, so sind nach der erwähnten Reichsgerichtsentscheidung die Strafbestimmungen des Strafgesetzbuchs anzuwenden, und die Strafbestimmung der Gewerbeordnung darf nur dann angewendet werden, wenn von den Beleidigten kein Strafantrag gestellt ist. In der Entscheidung heißt es: Die Strafvorschrift des § 153 der O. D. findet schon nach dem klaren Wortlaut Anwendung; „sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt“. Damit ist voll. Ausdruck gebracht, daß sie nur dann Platz greifen soll, wenn nicht das allgemeine Strafrecht, also gegenwärtig das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, bereits einen vom § 153 der O. D. umfaßten Tatbestand mit einer Strafe bedroht, die in ihrem höchsten Maß eine härtere Strafe ermöglicht, als der § 153 der O. D. zuläßt, und wenn überdies nicht auf Grund eines allgemeinen Strafrechts eine Bestrafung eintritt. Sie ist demnach ein nur ausnahmsweise geltendes (subsidiäres) Strafgesetz in dem Sinne, wie dies vom dritten Strafenat in seinem Urteil vom 27. März 1906 näher dargelegt ist. (Entscheidung des Reichsgerichts Vb. 38 S. 383 [385], vgl. auch das Urteil des fünften Strafenats, Entscheidung Vb. 42 S. 427.) Daß die dort entwickelten Grundzüge auch im vorliegenden Falle Platz greifen müssen, wird durch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes bestätigt. Bei dessen Beratung in der zweiten Lesung hob ein Abgeordneter (Schulze [Deltsch]), ohne Widerspruch von nur einer Seite zu finden, ausdrücklich hervor, „daß die gelinderen Strafen dieses Gesetzes nur dann eintreten können, wenn nach allgemeinem Strafrechte nicht eine härtere Strafe eintritt“. (§ 169 des Entwurfs, Verhandlung des Reichstags 33. Sitzung vom 3. Mai 1899 S. 776.) Wenn es demgegenüber in einem Urteile des zweiten Strafenats vom 2. November 1888, Rechtsprechung des Reichsgerichts Vb. 10 S. 619, heißt, mit dem Sage: „sofern nach allgemeinem Strafrechte nicht eine härtere Strafe eintritt“, entspreche die Vorschrift des § 153 der O. D. lediglich dem in § 73 des Str. O. D. zur Geltung gebrachten Grundsatze, so ist hierbei abzusehen, daß sich die Vorschrift des § 153 a. O. D. zur Zeit ihres Erlasses den landesrechtlichen allgemeinen Strafgesetzen gegenüber befand und, wie die Reichstagsverhandlungen (a. a. O. S. 775) ergeben, lediglich dazu bestimmt war, eine etwaige Lücke des allgemeinen Strafrechts der Landesgesetze auszufüllen also nur ausfüßweise zur Anwendung zu gelangen, wenn in einem Bundesstaate das allgemeine Strafrecht einen durch § 153 der O. D. Betroffenen Tatbestand nicht mit Strafe bedrohte. So heißt es a. a. O. S. 775 (Abg. Rascher): „Die Voraussetzung des Abg. Schulze, daß jedes Kriminalrecht in Deutschland eine Strafbestimmung habe, welche den § 168

(Soll heißen 169) erseht, ist meines Wissens unrichtig. Schon das preussische Kriminalrecht würde nicht ausreichen, denn im preussischen Strafgesetzbuch ist namentlich auf Verurteilungsklagen, so viel ich weiß, keine besondere Strafe angedroht, und es würde für den Fall der Verurteilung eine Strafe aus dem allgemeinen Gesetz erfolgen". Bei der sich hieraus ergebenden nur aus schließlichen Geltung des § 153 der O. durfte der erste Richter nicht, wie geschähen, dieses Strafgesetz in einheitlichem Zusammenstreffen mit Vorschriften eines allgemeinen Strafrechts zur Anwendung bringen. Wegen dieser Rechtsverletzung, die auch auf den Strafausschub von Einfluß gewesen sein kann, unterliegt das angefochtene Urteil hinsichtlich des Angeklagten B. der Aufhebung. Es könnte scheinen, als ob die Gerichte noch besonders milde verfahren, wenn sie die Streikfänger auf Grund des § 153 des O. verurteilen, weil diese Strafbestimmung eine geringere Strafe auswirft als die §§ 185—187 des Strafgesetzbuchs. Aber bei näherem Zusehen ist die Wirkung eine umgekehrte. Nach § 153 der O. muß auf Gefängnis erkannt werden; nach §§ 185—187 des Strafgesetzbuchs kann eine Geldstrafe ausgeworfen werden. Die Streikfänger dürfen daher in harmloseren Fällen zu Geldstrafen verurteilt werden, wenn nach dem Strafgesetzbuch verfahren wird, wie es der anfangs erwähnte Leipziger Fall demonstriert. In Massenurteilen besangene Richter und Schöffen werden aber stets auf möglichst hohe Gefängnisstrafen erkennen, gleichviel, ob sie das Strafgesetzbuch oder die Gewerbeordnung zugrunde legen. Jedenfalls aber können die Arbeiter kaum einen Schaden erleiden, wenn sie nach dem Strafgesetzbuch behandelt werden, denn die bisher übliche Dauer der Gefängnisstrafen auf Verleibigung von Streikbrechern dürfte kaum noch überschritten werden können, ohne daß die Justiz nicht fürchten müßte, ihr Ansehen gänzlich preiszugeben.

Koalitionsfreiheit in städtischen Betrieben. Der Dresdner Stadtrat hat in seiner übrigens schon oft niedriger gefängten Arbeitsordnung einen § 17, der bei Strafe der Entlassung jede Agitation usw. verbietet. In letzter Zeit wurden nun in fast allen Neubauten und Bauplänen usw. der städtischen Arbeiter große Plakate des sächsischen Militärvereinsbundes aufgehängt, in denen zum Beitritt aufgefordert wird. Da das nach landläufigen Begriffen Agitation treiben heißt, so ersuchte die Gauleitung des Gemeindeförderverbandes den Rat um Genehmigung zum Ausschlag der Plakate des Gemeindeförderverbandes, um die städtischen Arbeiter, ebenso wie das Militärvereinsbund getan hatte, auf die Einrichtungen hinzuweisen. Das Gesuch wurde aber vom Rat abgelehnt. Ein deutliches Beispiel, wie mit zweierlei Maß gemessen wird. Viel nützen wird ja dem Räte das nicht, denn die Organisation wächst unter den städtischen Arbeitern trotzdem und der Militärvereinsbund leidet an Mitgliederabgang.

Die Ermittlungsklagen der Schichtarbeiter in Danzig auf Räumung der Wohnungen hatten zunächst das Ergebnis, daß vier Streikende verurteilt wurden, die Wohnungen sofort zu räumen. 76 Streikende sind verurteilt, am 1. Juni die Wohnungen zu verlassen. Der Rest, 105 ausgesperrte, ist bisher noch nicht verurteilt. Die Streikenden hatten einen Rechtsanwalt bestellt, der auf einen Vergleich nach der Richtung hin arbeitete, daß die Wohnungen erst zu räumen seien, wenn andere Wohnungen für die Beklagten beschafft sind. Dieses Bestreben veranlaßte den Anwalt der klagenden Firma zu dem überaus bezügelnden Auspruch, daß die Errichtung der Arbeiterwohnhäuser doch nicht im Interesse der Arbeiter geschähen sei, sondern im Interesse der Firma geschähen. Die Streikleitung blieb natürlich nicht untätig. Für die ersten vier Familien, die ausziehen müssen, sind Wohnungen vorhanden. Sodann hat sich ein Komitee gebildet, das leere Wohnungen ausfindig macht und vermietet. Auch wurde bei der Reichskolonie wegen Wohnungen angefragt. Das ist eine „Wohlfahrts-Einrichtung“ für die Danziger Staatsarbeiter (Kaiserliche Werk, Gewerfabrik usw.). In dieser Kolonie haben 12—15 Wohnungen leer. Aber der Korvettenkapitän will diese Wohnungen nicht für die streikenden Schichtarbeiter hergeben. Das Wohnungskomitee wandte sich auch an den Oberbürgermeister. Dieser versprach, wegen der Reichskolonie mit den Herren der Kaiserlichen Werk nochmals zu sprechen und auch sonst sein Bestes zu tun.

Die Unfallverhütung durch die Berufsgenossenschaften. Der Hauptfehler unserer Unfallverhütung und der zu dem Zwecke notwendigen Überwachung der Betriebe besteht darin, daß sie den Berufsgenossenschaften übertragen ist. Diese Genossenschaften sind die Organisationen der Unternehmer zur Durchführung der Unfallversicherung; die Unternehmer sollen hier also Maßnahmen ergreifen, die sie gegen sie selbst richten. Ein Nachteil, dessen Erfolglosigkeit und Unzuverlässigkeit auf der Hand liegt. Die ganze Unfallverhütung ist denn auch zurzeit noch recht mangelhaft. Gegenwärtig haben von 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften erst 62 technische Aufsichtsbeamte zur Überwachung der Betriebe angestellt. Die Zahl der für solche Beamte eingerichteten Stellen beträgt 337; in Wirklichkeit sind aber nur 326 Personen angestellt. Das erklärt sich daraus, daß eine Anzahl Beamte gleichzeitig bei mehreren Berufsgenossenschaften angestellt sind. Von den Beamten sind 266 gleichzeitig als Rechnungsbeamte tätig. Um verhältnismäßig zahlreichen sind die Aufsichtsbeamten im Baugewerbe. Bei den 12 Bauwerksberufsgenossenschaften sind allein 100 Aufsichtsbeamte angestellt. Bei den 62 gewerblichen Berufsgenossenschaften, bei denen im Jahre 1909 technische

Aufsichtsbeamte tätig waren, sind in dem genannten Jahr insgesamt 221911 Betriebe revidiert worden. Die Genossenschaften zählten zusammen 707393 Betriebe, so daß etwa 30 Proz. derselben einer Revision unterzogen wurden. Im Vorjahre waren es 27,5 Proz.; es ist also eine kleine Besserung eingetreten. Die Jahresberichte der technischen Beamten werden jetzt alljährlich in einem Bande zusammengefaßt herausgegeben. In diesem weisen sie für das Jahr 1909 zusammen 55064 Revisionsstage nach. Doch wurde diese ganze Zeit nicht etwa auf die Überwachung der Betriebe verwendet. In einzelnen wurden 36930 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 8672 Tage auf Lohnbuchprüfungen und 9482 Tage auf Kontrolle der Rentenempfänger sowie auf andre Dienstgeschäfte verwendet. In den Berichten der Aufsichtsbeamten kommt zum Ausdruck, daß die durch ausreichende Überwachung der Betriebe gewährleistete Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften eine Verminderung der Zahl der Unfälle, namentlich der schweren, bewirkt habe. Dabei habe sich ergeben, daß die Überwachung durch sachverständige technische Aufsichtsbeamte am sichersten zum Ziele führt. Bemerkenswert ist, wie sich das Reichsversicherungsamt zur Unfallverhütung in der Landwirtschaft äußert. Es sagt in seinem Bericht auf das Jahr 1910 wörtlich: „Die Klagen über Zeitnahmslosigkeit weiter Kreise gegenüber der Durchführung der Unfallversicherungsmaßnahmen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sind gleichwohl noch lebhaft.“ Die Junken kennen nur den Profit, aber keine Rücksichten auf Leben und Gesundheit der ihnen unterstellten Arbeiter. Daher die große Zahl von Unfällen in der Landwirtschaft. Die Unfallversicherung muß von Grund auf umgestaltet werden, wenn sie wirkungsvoll und genügend sein soll.

Ein Erzbißhof über das Genossenschaftswesen. Vor einiger Zeit empfing der Erzbißhof von York eine Anzahl Genossenschaftler, die gelegentlich einer Konferenz in York zusammengekommen waren, als Gäste in seinem Palast. Er begrüßte die Erscheinungen mit der Versicherung, daß es ihm freue, mit Leuten zusammen zu sein, die ebenso interessiert seien an der Genossenschaftsbewegung wie er. Er erinnerte daran, daß er ein Freund der Genossenschaftsbewegung sei, seit er überhaupt am öffentlichen Leben teilnehme. Mit Vergnügen denke er an die Zeit seiner Ordination jurid, als er in der Bildungsarbeit der Genossenschaftsbewegung in Lancashire und Yorkshire tätig gewesen sei. Er erinnere sich noch an die Begeisterung der Arbeiterstudenten in vielen Orten. Der Erzbißhof versichert weiter, daß es das wundervolle Unternehmen vieler tausend Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr eignes Geschäft auf ihre eigene Art zu betreiben, mit großem Interesse verfolge. Er brauche ihnen nicht zu sagen, daß sie in ihrer Arbeit niemals nur einen bloßen geschäftlichen Erfolg sehen könnten. Der Erzbißhof kam dann auf die Gegnerschaft der „Händler zu sprechen und führte im Anschluß daran aus, daß Leute in seiner Stellung ihren Glauben an die Genossenschaftsbewegung nur rechtfertigen könnten, wenn sie sicher wären, daß diese sehr viel mehr wäre als ein geschäftliches Unternehmen. Die Genossenschaft vertritt den Geist der Freundschaft. Hier vereinigen sich nicht die Leute, um von andern Opfer zu verlangen, hier brachten sie selbst Opfer durch Vermeidung der Sorgwirtschaft. Eine große Zahl Bürger aus verschiedenen Klassen brachte ferner die Genossenschaft in brüderlichen Verkehre. Die kleinsten Klassenunterschiede würden durchbrochen. Die Genossenschaft bringe die Mitglieder zusammen in Leiden und Freuden eines gemeinsamen Unternehmens. Im weiteren Verlaufe seiner Rede verbreitete sich der Erzbißhof über die Aufgaben der Erziehungsanstalten der Konsumgenossenschaften. Wohlthuend wirkt bei dieser Stellungnahme eines geistlichen Würdenträgers zu den rein wirtschaftlichen Fragen des Genossenschaftswesens vor allem der Umstand, daß er es nicht für nötig fand, Religionsfragen damit zu verquicken, wie dies leider in Deutschland bei ähnlichen Anlässen immer mehr zur Übung wird.

Ähnliche Verlesung des Postgeheimnisses im Unternehmertum. Vor kurzem unterrichtete die Streikleitung der Hamburger Holzarbeiter einen ihrer Vertrauensleute in Bergedorf auf telegraphischem Wege von der Ankunft eines Streikbrechertransportes aus Berlin mit dem Ersuchen, im Zuge mit den Arbeitswilligen Verbindung zu suchen. Das Telegramm wurde durch den Bahntelegraphen übermittelt. Vor Ankunft des Zugs befanden sich drei Streikende im Bahnhofgebäude und hörten, wie der Stationsvorsteher einem anwesenden Polizeibeamten mitteilte, daß an den in Frage kommenden Holzarbeiter ein Telegramm von der Hamburger Streikleitung gerichtet sei und las ihm auch dessen Wortlaut vor. Die Streikenden führen nun mit diesen Räubern zu dem ihnen bekannten Vertrauensmann und erkundigten sich, ob das in Frage kommende Telegramm, dessen genaue Inhalt sie schon in der Lage waren mitzuteilen, eingegangen war, was verneint werden mußte. Erst einige Zeit später wurde dann die Depesche übermittelt, worauf die vier Personen sich gemeinschaftlich zum Bahnhof begaben und den Stationsvorsteher zur Rede stellten. Der bestritt denn auch gar nicht, daß er dem Polizisten von dem ihm in seiner Eigenschaft als Beamten bekannt gewordenen Telegramm Kenntnis gegeben hatte und fügte dem an, daß wenn im Zug Arbeitswillige gewesen wären, würde er den Verkehrenden ohne weiteres gehindert haben, den Perron zu betreten, selbst wenn er im Besitz einer gültigen Fahrkarte gewesen sei. Die nötigen Schritte gegen den pflichtvergeßenen Beamten sind sofort eingeleitet worden, mit welchem Erfolge, das muß noch abgewartet werden.

Rückgang der Militärtauglichkeit unter den Arbeitern. Im Jahre 1901 faßte der deutsche Reichstag eine Resolution, in der Erhebungen verlangt wurden, durch welche die Einwirkung der Herkunft und Beschäftigung der Stellungspraktischen auf die Militärtauglichkeit festgestellt werden sollte. Im Sinne dieser Entscheidung wurden im Jahre 1902 zum erstenmal einschlägige Statistiken aufgenommen und bis jetzt weitergeführt. Das Ergebnis ist eine allgemeine Abnahme der Tauglichkeit. Die Zahl der auf 100 endgültig Abgefertigte entfallenden Tauglichen sank von 57,8 im Jahre 1902 auf 54,7 im Jahre 1908. Interessant ist die Untercheidung nach dem Berufe. Die Tauglichkeit der auf dem Lande geborenen und in der Landwirtschaft tätigen Abgefertigten sank in der angegebenen Zeit von 60,5 auf 58,7, die der in der Stadt geborenen und in der Industrie und dem Handel tätigen von 53,8 auf 49,7. Der Rückgang der Brauchbarkeit verteilt sich also gleichmäßig auf die in der Landwirtschaft und die in der Industrie Tätigen. Es wird versichert, daß in der ganzen Periode das Rekrutierungsgeschäft in ganz gleicher Weise zur Durchführung gekommen ist. Die Gründe für die Degenerierung sind verschiedener Art. Auf dem Lande sind die Ernährungsverhältnisse schlechter geworden — Milch und sonstige Lebensmittel werden in erhöhtem Maße nach den Städten geschafft —, in den Städten ist es vornehmlich der gesundheitsschädliche Einfluß der Heim- und Fabrikarbeit. Über kurz oder lang werden, wie bereits 1883 einmal, die Anforderungen an die Militärpflichtigen abermals herabgesetzt werden müssen.

Ein parteiischer Senatspräsident des Reichsversicherungsamts als Kronzeuge der Scharfmacher. In der „Zeitschrift für Politik“ hatte der frühere Senatspräsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Friedensburg, schwere Angriffe gegen die Arbeiterversicherung gerichtet. Er meinte, die Rechtspredigt in der Arbeiterversicherung habe immer mehr die objektive Grundlage des Gesetzes verlassen, sich auf subjektive Empfinden gestützt und ihre Entscheidung aus sozialen und humanen Motiven heraus getroffen; Renten würden bewilligt, obwohl keine Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten sei; Betriebsunfälle würden konstruiert ohne jeden Zusammenhang mit dem Betriebe; die Rentenhygiene rüste im Volksleben immer größere Verheerungen an; der Verletzte habe gar kein Interesse mehr an seiner Wiederherstellung; Simulation und Übertreibungen seien an der Tagesordnung. Die Scharfmacher und Feinde der Arbeiterversicherung sorgten für weitest Verbreitung dieses Urteils eines 20 Jahre lang in der Arbeiterversicherung tätigen höchsten Richters. Seinem Urteile wurde besondere Bedeutung zugemessen, da er in seiner langen Tätigkeit doch die Praxis gründlich kennen gelernt haben müsse. In der Tagespresse sind die Angriffe des Herrn Friedensburg bereits als sachlich unrichtig dargestellt worden. Um aber das vielgepriesene „objektive“ Urteil dieses Herrn im rechten Licht erscheinen zu lassen, ist es notwendig, sich mit der Persönlichkeit des Dr. Friedensburg und seiner Amtstätigkeit näher zu befassen. Dieser Aufgabe hat sich Robert Schmidt in einem Artikel des „Korrespondenzblattes der General-Kommission“ unterzogen. Schmidt kennt die Amtspraxis des Herrn Friedensburg aus seiner jahrelangen Tätigkeit als Zentralarbeitersekretär und Vertreter der Verletzten vor dem Reichsversicherungsamt. Er schildert sie wie folgt: Herr Geheimrat Friedensburg ist während seiner Tätigkeit im Reichsversicherungsamt von allen Vertretern der Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Parteianhängerungen, als ein Vorkämpfer betrachtet worden, dessen unheilvoller Einfluß in der einseitigsten Weise zumunsten der Arbeiter sich geltend machte. Diese seine Voreingenommenheit machte sich insbesondere durch ein hartes, oft geradezu rücksichtsloses Benehmen gegenüber den Verletzten, vor seinem Senat als Kläger erschienen, geltend. Jedes soziale Empfinden über die bedrückte Lage, in welche Versicherte durch schwere Leiden, die der Unfall ausgelöst hatte, geraten waren, blieb ihm fern. Wiederholt sind Vorgänge in der Verhandlung, die zu widerwärtigen und peinlichen Ausfritten führten, Gegenstand der Beschwerde geworden und haben in einigen Fällen den gegenwärtigen wie auch den verstorbenen Präsidenten des Reichsversicherungsamts genötigt, Herrn Friedensburg Vorhaltungen über sein unqualifizierbares Benehmen zu machen. Bekannt ist, daß er selbst in seinen Kollegentreifen vielfach durch sein Verhalten Anstoß hervorrief und mehr denn einmal Weisiger seines Senats das Verlangen stellten, aus seinem Senat auszuscheiden, da sie durch das Benehmen eines nervös überreizten Mannes ein Zusammenarbeiten für unmöglich hielten. Die Art seiner Verhandlung war eine derartige, daß nicht selten das Ansehen des Reichsversicherungsamts in hohem Maße darunter gelitten hat. So gehörte es zu seiner Gewohnheit, daß er dem Referenten in einer Unfallsache nicht gestattete, vollkommen den Aktienfall vorzutragen. In der einseitigsten Weise griff er als Vorkämpfer in diesen Vortrag ein, nahm nicht selten dem Referenten die Akten aus der Hand und las ein paar für den Verletzten ungünstige Bemerkungen aus den Akten vor, um dann den Vortrag in der Sache zu schließen. War der Referent ein selbständiger Mann, der sich diese Art der Verhandlung nicht gefallen ließ, so kam es oft während der Verhandlung zu peinlichen, unangenehmen Ausfritten, die, wie schon bemerkt, schließlich solche selbständige Männer veranlaßte, zu beantragen, dem Wirkungsbereich dieses Mannes entrückt zu werden. Für das soziale Empfinden und die humanitären Ansichten des Mannes mögen nur einige Fälle aus seiner

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg. Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 25. Mai 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 59.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Pragis wiedergegeben werden. Vor seinem Senate stand eine Sache zur Verhandlung, in der ein Eisenbahnarbeiter, dem infolge eines Betriebsunfalls beide Beine über dem Kniegelenk abgenommen waren, die Hilfslosrente verlangte. Herr Friedensburg behauptete, daß der Mann nicht nur nicht hilflos sei, sondern auch jetzt noch arbeiten könne. Nur dadurch, daß der Vertreter in dieser Sache noch einen wichtigen Beweis antrag unterbreitete, dem nachgegangen werden mußte, und schließlich die Sache im nächsten Termine vor einem andern Senate zur Verhandlung kam, gelang es, die Hilfslosrente für einen elenden Krüppel zu retten. Eine seiner letzten Taten bestand darin, daß er einen schwer nervalen Mann, der die heftigsten Bitterbewegungen am ganzen Körper zeigte, nach Schluß der Verhandlung in der schroffen Form zur Entfernung aus dem Sitzungssaal aufforderte. Durch die Erregung während der Verhandlung, in der der Verlegte kaum zum Worte kam und wiederholt vom Vorsitzenden in der Darstellung des Sachverhalts unterbrochen wurde, durch das brüske Hinansweisen aus dem Saale kam der Verlegte so in Aufregung, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Ohne irgendeine Erregung über den Vorgang zu zeigen, ordnete der „humane“ Vorsitzende nur an, daß die Diener den Verlegten, den er wohl für einen Simulanten hielt, aus dem Saal entfernten. Der Mann mußte längere Zeit in der Krankenstube niedergelegt werden und kam erst nach geraumer Zeit wieder zu sich. Ähnliche Vorgänge, die aus keinem andern Senate des Reichsverkehrsamts zu verzeichnen sind, wiederholten sich unter Vorsitz des Herrn Friedensburg nicht selten. Seiner Gemüthsart entsprach es auch, den Parteien vor Eintritt in die Verhandlungen zu erklären, wie er die Sache entscheiden würde. Auf eine Beschwerde des Zentralarbeitsretariats ist ihm dieses Verhalten zwar unterlagt worden, aber unterblieben ist es in der Folgezeit nicht. In diesem Kampfe gegen die „Rentensucht“ der Arbeiter ist schließlich der Senatsvorsitzende Geheimrat Friedensburg selbst unterlegen, denn er mußte wegen einer immer deutlicher auftretenden Unfallversicherungshysterie und „neuralgie“, die er sich nun selbst im Kampfe gegen die Rentensucht der Arbeiter angeeignet hatte, seine Pensionierung beantragen. So schied der Mann aus dem Reichsverkehrsamte, mit dem stillen Wunsch aller Arbeitervertreter, daß er seine unheilbringende Tätigkeit an dieser Stelle nicht wieder aufnehmen möge. Er ließ sich an der Breslauer Universität als Privatdozent nieder, um dorthin wieder seine Tätigkeit zu verlegen, wo er schon einmal als Richter das autokratische Regiment geführt hatte. — Dieser Auszug aus dem Artikel mag genügen, um den Kronzeugen der Scharfmacher zu charakterisieren.

Verschiedene Eingänge.

Wie bereite ich mich auf die Meisterprüfung vor? Fragen und Antworten für die Meisterprüfung im Buchbindergewerbe. Von Bernhard Weber. Verlag von Alexander Weber, Berlin SW 68. Preis 1 Mk.
 Bodenreform. Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Heft 7. 22. Jahrg.
 Le Traducteur — The Translator — Il Traduttore — drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Probennummern für Französisch, Englisch und Italienisch sind durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chapelle-les-Bains (Schweiz) kostenlos erhältlich.
 Moderne Kunst. Illustrierte Zeitschrift. Verlag von Rich. Bong, Berlin. XXV. Jahrgang, Heft 10 und 17. Preis des Heftes 60 Pf.
 Für Alle Welt. Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XVII. Jahrgang, Heft 17 und 18. Preis 40 Pf.
 Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie. Von Friedrich Klees, Arbeitervertreter in Halle a. S. Preis 25 Pf. Verlag der Volksbuchhandlung in Halle a. S.
 „Sozialistische Monatshefte“. Erscheinen alle

vierzehn Tage. Heft 9. 1911. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 H.

Gestorben.

In Wien i. B. am 19. Mai der Seher Fritz Pied aus Kruppach bei Siegen, 20 Jahre alt — Infuenza.
 In Berlin am 11. Mai der Seher Wilhelm Dorn aus Weidenau, 40 Jahre alt — Lungenentzündung; am 12. Mai der Seher Wilhelm Binder aus Hechingen, 41 Jahre alt — Nierenleiden; an demselben Tage der Seher Heinrich Fiedler von dort, 60 Jahre alt — Herzschlag; an demselben Tage der Seherinvalide (Faktor) Karl Bängel von dort, 73 Jahre alt — Wasenleiden; am 13. Mai der Seherinvalide Eduard Bierfreund aus Gumbinnen, 60 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 14. Mai der Seherinvalide Johannes Stegmann aus Nestved auf Seeland, 51 Jahre alt — Lungenentzündung; am 15. Mai der Seher Max Wiese aus Damber, 41 Jahre alt — Blutstößen.
 In Hamburg am 21. Mai der Seher Ernst Steinhauer aus Grevesmühlen, 26 Jahre alt.
 In Karlsruhe am 19. Mai der Stereotypur Robert Weck von dort, 47 Jahre alt.
 In Kapberg bei Cham i. B. am 17. Mai der Seher Joseph Feldbauer, 27 Jahre alt — Lungenschwindsucht.
 In Wien am 8. Mai der Seher Anton Bichtenberg, 54 Jahre alt; am 9. Mai der Seher Jakob Steiner, 67 Jahre alt.

Briefkasten.

A. B. in Straßburg: 2 Mt. — V. L. in Wien: 2 Mt. D. D. in Glogau: Karte war nicht frankiert. — Joseph Rück: Wir bitten um Angabe Ihrer Adresse, um Ihnen einen nach hier adressierten Brief zu senden zu können.
 Richtigstellung: In der Korrespondenz unter Selbst in Nr. 57 muß es heißen: „den 50 Verbandsmitgliedern stehen 25 Nichtmitglieder gegenüber“.

- Wer an der „Korr.“ etwas zu berichten oder beim „Korr.“ etwas anfragen hat, muß vorher alles in Ordnung folgendes beachten:
1. Manuskripten werden nicht an beiden Seiten beschriftet.
 2. Keine Hier- und-dort-Zitate, keine Zitate ohne Quellenangabe.
 3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können.
 4. durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript völlig unlesbar machen.
 5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben.
 6. Berichte vom Verlegenden genehmigen lassen und freilich einen Hinweis über die Möglichkeit zum Verbandsbesitz geben.
 7. Einreichungen für Berichte eine Woche nach Statuten der betreffenden Verbandsstelle.
 8. Die Spernung von Druckereien infolge entfallender Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandsvorsitzenden. Mittelnoten über den Ausbruch von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an eigene Adresse zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorangegangener Bekanntgabe durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen.
 9. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht in Form von Verbandsstatus oder des Textes zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht an Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Berufs liegen, denn der „Briefkasten“ ist kein allgemeines Auskunftsbüro. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Freimarken der Anfrage beifolgt sind.
 10. Redaktions- und Anzeigenschluß: für die Dienstagnummer am Sonnabend früh, die Donnerstagnummer am Dienstag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau. Berlin SW 23, Mariendorfer Straße 13 L. Fernsprechamt VI. 11101.
Altenburg. Um Angabe der Adresse des Sehers Adolf Schwager, geboren in Erfurt, welcher ohne Buch hier abreiste, ersucht Eduard Ehrlich, Friesenstraße 12.
Breslau. Der Drucker Paul Witzel aus Breslau wird aufgefordert, sein Buch einzuliefern, andernfalls erfolgt Ausschluß.
Hofenheim. Der Schweizerdegen Anton Wrehl, angeblich in Moosburg (Weyern), wird hiermit aufgefordert, umgehend seinen Verpflichtungen gegenüber dem hiesigen Ortsvereine nachzukommen, andernfalls Antrag auf Ausschluß erfolgt.

Saarbrücken. Der Seher Heinrich Otto (Hauptbuchnummer 70635), zuletzt in Metz in Konfession, angeblich jetzt in Zabern, wird hierdurch ersucht, seine fünf Beiträge à 1,25 Mk. portofrei einzuliefern an H. Geinzel, Bezirkskassierer, Saarbrücken 3, Fullerstraße 16, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Düsseldorf. (Maschinensekretärevereinigung für Rheinland-Westfalen.) Vorsitzender: Joseph Bauer, Hammerstraße 10 II.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Danzig der Schweizerdegen Artur Pieperheit, geb. in Danzig 1889, ausgel. in Neuenburg 1908; war noch nicht Mitglied. — H. Gannemann, Petershagen hinter der Kirche 20 II.

In Eichenach der Seher Georg Kortenteufel, geb. in Berlin 1878, ausgel. das. 1897; war noch nicht Mitglied. — In Göttha der Schweizerdegen Hugo Schunke, geb. in Vembdorf 1893, ausgel. in Mansfeld 1911; war noch nicht Mitglied. — U. Eitzhöfer in Göttha, Mohrenstraße 18.

In Lübeck der Drucker Jonny Krämer, geb. in Altona 1890, ausgel. in Bordesbøl 1909; war schon Mitglied. — O. Jandke, Blankstraße 28 I.

In Werder a. S. der Schweizerdegen Max Kieling, geb. in Köpfl a. Harz 1893, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — Robert Wesenberg in Potsdam, Alte Luisenstraße 43.

In Wien der Seher Julius Mann, geb. in Hannover 1886, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied. — Franz Nagler in Wien VII/1, Seidengasse 17.

Veranstaltungskalender.

Angoburg. Verammlung Sonntag, den 28. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Café Maximilian“.
Breslau. Maschinensekretererversammlung Sonntag, den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Votiv-Derschloß“, Sändersplatz.
Chemnitz. Stereotypur und Galvano-Plattsekererversammlung (Wau Schellen) Montag, den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Lachs“, Kröllnerstraße.
Dresden. Maschinensekretererversammlung Sonntag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Zwofel“.
Halle. Maschinensekretererversammlung Sonntag, den 28. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Wolfsbau“, Zimmer 1.
Kapberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 1 Uhr, in „Stadt Dresden“.
Kapberg. Verammlung Sonntag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Verberstraße 13.
Leipzig-Altona. Verbandsversammlung Montag, den 29. Mai, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Weidenbühnerhof 57.
Leipzig-Altona. Verammlung Sonntag, den 27. Mai, abends 9 Uhr, im „Wolfsbau“, Kellerstraße.
Glogau. Bezirksversammlung Montag, den 18. Juni, in der „Friedensplatz“ in Glogau. Anträge bis 10. Juni an den Vorsitzenden.
Leipzig. Maschinensekretererversammlung Sonntag, den 28. Mai, im „Wolfsbau“.
 — Verammlung Montag, den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Wolfsbau“, Kellerstraße.
Südwestfalen a. Rh. Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 2 Uhr, im „Herrmann“.
Walden. Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Rathaus zum Gutenberg“.
Potsdam-Zehlendorf. Kombinierte Verammlung Sonntag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in Rowaves, Ernst Schmidt „Deutsche Bestäuer“, Friedrich und Wilhelmstraßen.
Wien-Vienna. Außerordentliche Verammlung Sonntag, den 28. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Schentwiel“, Fischer-gasse.
Wien i. B. Verammlung Sonntag, den 27. Mai, abends 9 Uhr, im Vereinslokal (Weidelsbach).
Wiesbaden. Verammlung Sonntag, den 27. Mai, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Wehrstraße.
Zwickau i. S. Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, im „Goldenen Wecker“, äußere Leipziger Straße.

Ein Herr gesucht

gleichviel wo wohnhaft, der Vertretung erfr. Liphys-Dauerwäse übernimmt — Muster gratis. Herm. Wolf, Zwickau (Sa.). Nordstr. 30.

Für eine mittlere Buchdruckerei mit Tageszeitung wird ein tüchtiger

Geber-Korrektor

der auch befähigt sein muß, den Faktor zu vertreten, in dauernde, angenehme Stellung zu sofort oder später gesucht. Werte Angebote mit Wohnansprachen, Zeugnissen usw. erbeten unter Nr. 76 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Liniotypsetzer

(Ideal) zum baldigen Antritt gesucht. Es wird nur aus eine tüchtige, mit der Maschine durchaus vertraute Kraft sollicitiert. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an Verlag „Vollobote“, Appel & Co., Steintin, Schillerstraße 10.

Schriftgießer

Ein tüchtiger Schriftgießer findet in unser Hausgießerei dauernde Stellung. Altenburg, G. M. **Wierwische Hofbuchdruckerei.**

Geübter Abzieher

auf Vorkassanpresse für Werk und Tabellen in dauernde Beschäftigung nach Sachsen gesucht. Offerten unter Nr. 81 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zwei Schriftgießer

für Quadrantenkomplettmaschine und Reglettengleichmaschine finden dauernde Kondition. **Schriftgießerei Otto Teich, Berlin S 14, Weesdner Straße 100.**

TYPOGRAPHISCHE LINIENZSTUDIEN FÜR FORTSCHRITTLICHE AKZIDENZSETZER MIT 400 MOTIVEN FÜR 1 MARK ZU BEZIEHEN DURCH ALFRED WENDLER, BRAUNSCHWEIG

Berfetter

Messinglinienbesetzer und -hobler gesucht. **D. Berthold, Schriftgießerei H. G., Berlin SW, Belle-Alliance-Straße 83.**

Nur Johannistage geeignete Gutenberg-Anstichtkarlen in gediegener Ausstattung, 100 Exempl. gemischt für 4,50 Mk. portofrei gegen Voreinsendung des Betrags liefert Kollege A. M. Wainzlik, Altenburg, S.-A.

